



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

W., J. v.: Ein deutscher Postcongreß und Postverein. II. : Vorschläge zur  
Güte.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Ein deutscher Postcongrèß und Postverein.

### II.

#### Vorschläge zur Güte.

Daß ein deutscher Postcongrèß vielfache Schwierigkeiten zu lösen haben wird, daß sich dem Vereine überhaupt mannigfache Hindernisse aller Art und darunter wohl einige, die nicht so leicht zu beseitigen sind, entgegen stellen werden, ist gewiß. Aber daß dies alles bei nur einigermaßen gutem Willen der theilhaftigen Staaten, bei einiger Anstrengung der zum Congrèß Abgesandten nicht zu überwinden wäre, daß überhaupt ein solcher allgemeiner Postverein ein Ding der Unmöglichkeit sein würde, wie hie und da wohl noch, besonders von in alten Formen erstarrten Postbeamten selbst behauptet wird, können wir nun und nimmermehr zugeben. Unsere Zeit hat gerade hierin schon anfänglich viel schwieriger erscheinende Dinge bewirkt und die erste Gründung des Zollvereins bot namentlich viel mehr Hindernisse dar, wie es jetzt mit der des Postvereins der Fall sein würde. Damals, bei seiner Gründung, war der Sinn für gemeinsame Vereinigung, wenn auch wohl schon in den Völkern, doch aber nicht in eben dem Maße bei den Regierungen erwacht, man hatte manche Abneigung gegen ein solches Näheraneinanderschließen und fürchtete sich an den eigenen Souveränitätsrechten dabei zu vergeben. Und je kleiner gewöhnlich der einzelne Staat war, desto eifersüchtiger wachte er auch über seine Hoheitsrechte, desto mehr Bedenken aller Art trug er, sich einer solchen allgemeinen Vereinigung anzuschließen. Es kommen noch genug derartige Beispiele in einigen unserer kleinen Staaten vor; Manches was für unsere Gesamtheit von der höchsten Wichtigkeit sein würde, ist schon dadurch verhindert worden; so findet z. B. der Anschluß der norddeutschen kleinen Küstenstaaten an den Zollverein einen Hauptwiderstand in dem Glauben ihrer Regierungen, daß sie an Selbstständigkeit einbüßen würden. Aber im Allgemeinen ist diese Abneigung, welche dem Zollverein neben

den finanziellen Verhältnissen so viel Hemmnisse verursachte, sehr geschwunden und darum schon hat der Postverein jetzt ein so viel leichteres Spiel.

Sehr viel kommt bei der ganzen Anlage desselben natürlich auf die von den einzelnen Staaten zum Congresse abgesandten Männer an. Sind diese nur von gutem Willen beseelt, erkennen sie die allseitige Bedeutung ihres Auftrages vollkommen an und haben vielseitige und praktische Kenntnisse genug, um alle Bestimmungen, die für den Verein selbst festgesetzt werden sollen, richtig zu erwägen, so wird sich das Ganze schon machen und manche Schwierigkeiten, die jetzt vielleicht riesengroß erscheinen, dürften bei näherer Beschauung gar nicht so bedeutend sein.

Das Erste, worüber ein solcher Congreß sich wohl verständigen müßte, wäre, wie weit die Vereinigung der an denselben theilnehmenden Staaten in ihren postalischen Verhältnissen gehen sollte. Ob der Verein sich blos auf Gleichmäßigkeit der dahin bezüglichen Geseze, Gewichtsprogressionen, Taxen u. s. w. erstrecken, oder ob er noch weiter gehen und auch gemeinsame Einnahme und deren Vertheilung nach bestimmten Maßstäben bestimmen sollte; dies ist eine sehr wichtige Frage, deren Beantwortung nicht so leicht ist und gewiß sehr viel Meinungsverschiedenheiten hervorrufen würde. Leichter wäre natürlich das Erstere, schwieriger, viel schwieriger das Letzte, aber auch — wenigstens nach unserer Ansicht, weit besser; zwar würde durch eine Vereinbarung aller betreffenden Staaten, wonach diese gemeinsame Taxen, Gewichtsprogressionen, Vorschriften über Verpackung, über Garantie u. s. w. erließen, schon sehr viel gewonnen und ein guter Theil unserer jetzigen Uebelstände aufgehoben. Auch böte eine solche Uebereinkunft nur sehr geringe Schwierigkeiten dar, und gewiß würden alle deutschen Staaten derselben beitreten. Aber Alles wäre damit doch noch nicht gewonnen, und wie wir überhaupt der Ansicht sind, daß, wenn man eine Reorganisation vornimmt, dies auch gründlich geschehen muß, so glauben wir auch, daß eine Vereinigung, wonach alle Einkünfte in eine gemeinsame Centralkasse fließen, und wieder nach Verhältniß der Seelenzahl der betreffenden Staaten aus derselben vertheilt würden, dem großen Zwecke des Vereins selbst am Vollkommensten entsprechen würden. Ueberhaupt wünschen wir dem Zollverein in seiner ganzen inneren Organisation, so fern nicht die Verschiedenheit des besonderen Zweckes, leider auch eine Verschiedenheit der einzelnen Bestimmungen nothwendig machte, bei diesem beabsichtigten Postverein, möglichst nachgeahmt würde. Die Hauptschwierigkeiten, welche sich solcher gemeinsamen Vertheilung der Einkünfte, wobei aber jeder Staat die Ausgaben für sein Postwesen selbst tragen müßte, entgegenstellen

könnten, würden wohl mehrere für das Verhältniß der Eisenbahnen in den verschiedenen Staaten des Vereines schon eine hervorrufen. Diejenigen Länder, wo von der Post selbst verwaltete Staatseisenbahnen bestehen, wie in Baiern, Baden und theilweise, wenn auch unter veränderten Verhältnissen, in Oesterreich, würden natürlich gegen eine solche gleiche Vertheilung protestiren, da sie ja viel größere Ausgaben für den Betrieb ihres Postwesens, wozu in solchem Falle auch die Eisenbahnen gehören, haben, natürlich also auch viel bedeutendere Einnahmen daraus ziehen wollen. Andererseits hätten die Länder, wo bedeutende Bahnen von Actiengesellschaften sich befinden, z. B. Preußen, Sachsen, ja fast alle norddeutschen Staaten, wieder zu großen Vortheil von dieser Vertheilung, da ihnen ihr Postwesen für die Strecken, wo sich Eisenbahnen befinden, viel weniger kostet, indem sie es dort mit den Eisenbahnen selbst besorgen, aber auch wieder weniger einbringt, weil ihnen das Personenporto auch dafür wieder entgeht. Um diesen Schwierigkeiten zu entgehen, glauben wir, daß es am besten sein würde, der Verein beschränkte sich nur auf Regulirung der Brief-, Packet- und Geldbeförderungen, und berechnete auch nur alle Einnahmen, die hieraus entständen, für die Vereinskasse zur Einnahme und Vertheilung. Hierbei machte es ja nichts aus, ob ein Staat mehr oder weniger Privat- oder Staatseisenbahnen besäße, da alle Bahnen erweislich auf die Vermehrung oder Verminderung der mit der Post beförderten Gegenstände nur geringen Einfluß bisher ausgeübt haben. Was auf der einen Seite die Eisenbahnen der Correspondenz Abbruch thun, indem sie das Reisen selbst erleichtern, das führen sie ihr auf der andern Seite zu, da durch sie Handel und Verkehr und dadurch natürlich auch wieder der Briefwechsel bedeutend steigt. Ueberhaupt scheint es uns dienlich zu sein, daß der Verein sich nur des Postwesens, was mit der Brief-, Packet- und Geldbeförderung zu thun hat, als bei weitem des wichtigsten Theils desselben, annimmt, die Personenbeförderung aber, sei es nun durch regelmäßige oder Extraposten ganz der freien Verwaltung der betreffenden einzelnen Staaten selbst überlasse. Das Bedürfniß, das auch hier eine vollkommene Gleichmäßigkeit eintrete, ist nicht so sehr vorhanden, und die verschiedenen lokalen Verhältnisse, als Eisenbahnen, gute oder unchauffirte Straßen u. s. w., würden nur hemmend einer allgemeinen Vereinigung in den Weg treten und viele unnöthige Schwierigkeiten bereiten. Eine gleichmäßige Bestimmung, bis wie weit Gelder und Packetsendungen dem Postregal unterworfen, wie auch, welche dienstliche Correspondenzen der verschiedenen Behörden portofrei wären, und unter welchen Centralmaßregeln dies geschähe, müsse natürlich von allen Vereins-

staaten hierbei getroffen werden. Ein anderes Hinderniß dieser gleichmäßigen Vertheilung der Einkünfte nach der Kopfszahl wäre, daß einzelne Staaten oft besondere Poststraßen, ja selbst Städte, aus denen sie den Postertrag beziehen, in dem Gebiete anderer besitzen, was sie natürlich nicht gern ohne Entschädigung opfern würden. So besitzt Preußen z. B. im Waldeck'schen und Lippe'schen eigene Postämter, wie auch ein Postamt im Großherzogthum Mecklenburg, auf der Straße von Hamburg nach Berlin, ebenso auch haben verschiedene Staaten eigene Postämter in Hamburg, Bremen und Lübeck \*). Daß hier einzelne Ausgleichungen und Entschädigungen stattfinden müssen, ist wohl natürlich, wir glauben aber, daß dieselben nicht zu bedeutende Schwierigkeiten darbieten und leicht regulirt werden.

Auch das taxische Postrecht in mehreren Staaten Deutschlands, als Württemberg, Hessen-Darmstadt, Nassau, Hessen-Cassel, den meisten sächsischen Herzogthümern und den vier freien Städten, würde vielleicht manche Schwierigkeiten veranlassen. Hier gäbe es nur das Mittel, daß die betreffenden Staaten, in denen taxische Posten sind, sich entweder ganz von denselben ablösen, wie es früher schon von den anderen geschehen ist, und dann selbstständig für sich in den Verein treten würden, was entschieden wohl das Richtigste sein würde, oder daß der Fürst von Taxis dies für sein Postgebiet selbst thäte. Er würde dann für seine Posten gleiche Einnahmen nach der Kopfszahl der von ihnen versehenen Länder erhalten, wie es bei allen anderen Staaten der Fall wäre.

Man könnte gegen diese gleichmäßige Vertheilung der Einnahme vielleicht einwenden, diejenigen Staaten des Vereines, welche in der Mitte von Deutschland lägen, hätten gegen die an den Grenzen gelegenen pecuniären Nachtheil. Sie müssen nämlich viel größere Kosten für die Beförderung der Postsendungen in ihrem Gebiete aufwenden, da diese durch alle die Transitosendungen, welche von einem Ende des Vereines zum andern durch ihr Land gingen, stark vermehrt, und dadurch theurer im Transport würden. Ihre Einnahmen würden aber, nicht wie jetzt, dadurch vergrößert, da ja alles Transitopporto später wegfiel, und ihnen gleich wie den Grenzstaaten, die Einnahme nur nach der Kopfszahl berechnet würde. Solche

\*) Hamburg namentlich bietet ein recht klares Feld von der Zerissenheit unserer deutschen Postzustände dar. In seinen Mauern befindet sich ein preussisches, taxisches, hannoversches, mecklenburgisches, städtisches, schwedisches und dänisches Postamt. Jedes derselben hat andere Taxen, Progressionen, Bestimmungen aller Art und befindet sich dazu noch in einem getrennten Lokale, so daß das Publikum unendlich viel Mühseligkeiten aller Art davon hat.

Binnenländer Deutschlands sind aber gewöhnlich auch die am stärksten bevölkerten, bekommen also so schon weit größere Einnahmen aus der Vereinskasse, wie die schwachbevölkerten. Diese haben aber wieder dieselben Ausgaben für die Beförderung, da dieselben ja sehr viel von der Weite des Weges, welche die Postwagen täglich durchlaufen müssen, bedingt werden. Daher werden bei sonst gleichen Verhältnissen, wie sie der Verein herbeiführt, die schwachbevölkerten Länder so schon immer verhältnißmäßig geringeren Reinertrag aus ihren Posteinkünften ziehen, wie die starkbevölkerten, und es ist daher nicht mehr als billig, daß hierdurch eine kleine Ausgleichung geschieht. Jetzt ist daher auch in den schwachbevölkerten norddeutschen Staaten das Brief- und Personenporto höher wie in den süddeutschen, da man auf diese Weise einen höheren Reinertrag zu erhalten glaubt. Uebrigens wird der Transitverkehr des Vereins selbst wohl fast in allen Ländern desselben gleich bleiben, da selbst die Küstenstaaten, in Folge der sich von Jahr zu Jahr mehrenden Seeverbindungen nach überseeischen Staaten, immer größere Transitosendungen aus ganz Deutschland empfangen werden. Sollte übrigens erweislich ein oder der andere Staat zu großen Nachtheil oder Vortheil von einer solchen Vertheilung haben, so brauchte deshalb das ganze Prinzip derselben doch nicht gleich verworfen zu werden, sondern es könnte ja leicht eine Ausgleichung auf ein oder die andere Weise stattfinden. Solches geschieht ja auch bei der Vertheilung der Einnahme beim Zollverein, wo z. B. Frankfurt, in Folge seiner besonderen Verhältnisse, eine weit höhere Einnahmsquote bezieht als es sonst der Kopffzahl nach der Fall sein würde.

Nach dieser allgemeinen Vereinbarung über die Ausdehnung des Vereines selbst, wäre eine Hauptaufgabe des Congresses, das Portosystem mit allen seinen Tugen und Progressionen zu entwerfen, und auch hier gäbe es wohl anfänglich gar manche Differenzen, und viele Schwierigkeiten würden zu bestreuen sein, bevor man das Rechte getroffen hätte. Das unser Porto, besonders für Gelder und kleine Packete, fast überall in ganz Deutschland, Oesterreich ausgenommen, viel zu hoch ist und einer bedeutenden Ermäßigung bedarf, wenn nicht das ganze öffentliche Leben in allen seinen Verhältnissen ganz unberechenbaren Schaden darunter leiden soll, ist anerkannt, und auch selbst unsere meisten Regierungen sind mit einer Herabsetzung desselben einverstanden. Es fragt sich also nur hier, wie weit dieselbe gehen soll. Das englische Pennyssystem, wie Manche wollen, schon jetzt durchgängig anzunehmen, halten wir nicht für ganz zweckmäßig, da wir glauben, daß Deutschland in seinen meisten Theilen noch nicht genugsam bevölkert,

dafür sei. Zwar würden die Kosten des Postwesens selbst, in einiger Zeit, auch wohl bei einem Pennysystem gedeckt werden, obgleich dies anfänglich auch vielleicht noch zweifelhaft sein dürfte, aber der Ueberschuß würde nur sehr unbedeutend sein. So lange aber Steuern bestehen, halten wir ein mäßig hohes Brief-, Geld- und Packetporto, was den Postkassen einigen Ueberschuß abwirft, für eine ganz zweckmäßige indirekte Steuer. Man verstehe uns recht, mäßig hohes Porto, denn das jetzige vieler deutschen Staaten, was in keiner Weise seinen Zweck erfüllt, nur im Mindesten vertheidigen zu wollen, kommt uns wahrlich nicht in den Sinn. Warum wir aber das Porto mit als Abgabe betrachtet wissen wollen, ist in aller Kürze: 1) Weil es eine indirekte Abgabe ist, die größtentheils nur die höheren Stände trifft. Unsere unteren und nicht so gebildeten Stände schreiben aber aus manchen Ursachen weit weniger als die höheren, besonders Briefe nach weiten Entfernungen, werden also von der Portoabgabe viel geringer wie diese getroffen. 2) Die Portoabgabe ist eine indirekte Steuer die gar keine Erhebungskosten verursacht, da natürlich gleich viel Postbeamte bei hohen wie bei niedrigen Taxen nothwendig sind. 3) Diese Abgabe wird nicht so oft betrügerisch umgangen wie manche andere, sobald sie nur nicht zu hoch ist, daß der Weg, Briefe durch unsichere und langsame Gelegenheit fortzuschicken, noch Wirkung behält. Dies sind ganz kurz unsere Gründe dafür, was man oft dagegen erwiedert ist hauptsächlich, diese Abgabe würde zu ungleich vertheilt werden, da besonders einzelne Zweige der Thätigkeit und namentlich auch des Handels, mehr Correspondenz bedürften, also auch mehr die damit verbundenen Abgaben tragen müssen, als Andere. Wir erwiedern darauf, ganz gleich vertheilt wird nie eine indirekte Steuer sein können, da sie stets von der freien Willkür jedes Einzelnen, wie viel er den besteuerten Gegenstand gebrauchen will, abhängt, und was der Kaufmann an Correspondenzunkosten ausgibt, schlägt er, wie alle ähnlichen Ausgaben, natürlich auf seine Waaren, legt es also nur vorläufig aus, um es sich später dann von seinen Consumenten wieder geben zu lassen.

Sollten wir ein etwaiges Portosystem für den Verein angeben, so würde der geringste Satz für den einfachen, etwa  $\frac{3}{4}$  Loth schweren Brief, bis zu einer Entfernung von 10 Meilen 1 Groschen betragen, später dann immer aber von 15 zu 15 Meilen um  $\frac{1}{2}$  Groschen bis zu 5 Groschen steigen, das höchste Porto welches ein einfacher Brief innerhalb der Grenzen des Postvereines selbst kosten dürfte. Packete bis zu 16 Loth müssen das Doppelte, und hernach von 8 zu 8 Loth immer wieder  $\frac{1}{2}$  hohes Porto zahlen, bis dann später wieder bei schwererern Sachen eine andere Taxe, die

aber mit der Briestaxe immer eine gleiche Entfernungsprogression beibehielte, eintrete; eben so müsse es auch bei Silber-, Gold- und Papiergeldsendungen sein. Auch für gedruckte Sachen unter Kreuzband müsse eine besondere Taxe bestehen; dann wären die armen Zeitungen nicht zu vergessen, die jetzt oft so schwer unter dem Drucke unserer gegenwärtigen Postverhältnisse leiden müssen. Hier wünschten wir auch feste, für den ganzen Verein gültige Bestimmungen über die Portoentrichtung derselben, nicht so wie jetzt, wo jeder einzelne Staat, je nachdem ihm das Blatt gefällt oder nicht, ein höheres oder niederes Porto, ja selbst Transitoposto für dessen Beförderung, nimmt. Ein Staat mag eine Zeitung, die ihn angreift, seinen Unterthanen verbieten, dies ist ein Thema was wir hier unberührt lassen wollen, da es mit dem Aufsatze nichts gemein hat, aber mit dem Postporto dafür dürfte solches nichts zu schaffen haben. Dies wird für das Blatt selbst, nicht aber für den Inhalt desselben, welcher die Post nichts angeht, entrichtet. Im Interesse der deutschen Entwicklung aber wünschten wir innig, daß ein solcher Postverein das Porto für alle Zeitungen erniedrigte. Trotz des mancherlei Unwesens, was hie und da wohl mit der periodischen Presse getrieben wird, ist dieselbe dennoch entschieden eine Hauptträgerin unserer ganzen geistigen Bildung. Besonders unsere deutsche Einigkeit wird durch unsere deutschen Zeitungen wesentlich mit gefördert, und schon im Interesse dieser wünschten wir, daß niedriges Porto es erleichterte, daß viele süddeutsche Zeitungen nach Norddeutschland, und so auch wieder umgekehrt, gelangten. Jetzt geschieht dies besonders mit in Folge der so sehr hohen Portosätze nur noch äußerst wenig und trägt dadurch viel mit bei, daß leider noch immer eine so große Spaltung zwischen Nord- und Süddeutschland fortbesteht.

Mit diesem Porto, was wir hier nur flüchtig in seinen Hauptsätzen angaben, glauben wir so ziemlich die rechte Mitte zwischen dem zu hoch und zu niedrig getroffen zu haben. Es ist stets um das Doppelte, ja oft um das dreifache, ja selbst vierfache geringer, wie die jetzigen Porto-Taxen in den verschiedenen Staaten von Deutschland; Oesterreich, welches entschieden das bei weitem einfachste und niedrigste Porto-System hat, ausgenommen und auch wieder nicht so gering, als daß es den betreffenden Staaten nicht ziemlich bedeutende Ueberschüsse gewähren sollte. Ja wir glauben, daß schon nach sehr geringer Zeit die reinen Einkünfte für alle Staaten des Vereines ebenso bedeutend, wie bei dem jetzigen Zustande sein und von Jahr zu Jahr sich noch vermehren würden. Die Wohlfeilheit der Taxe selbst, die Leichtigkeit und Sicherheit der Porto-Berechnung, die Einfachheit aller derartigen Bestimmungen, welche dann ja durch das große Gebiet des Vereines Gel-

tung hätten, würde allgemein viel zur Vermehrung aller der Post überlieferten Gegenstände und besonders auch der Briefe beitragen. Wie viel Briefe und Packete werden jetzt nicht durch Gelegenheit befördert, wie viel mehr noch gar nicht geschrieben, bloß um das theure Porto dafür zu sparen, deren Ertrag dann später die Posteinkünfte vermehren würden. Die Erfahrung hat dies bei allen Staaten, welche ähnliche Malificationen haben eintreten lassen, hinlänglich bewiesen. Eine andere und zwar sehr wichtige und besonders auch sehr viel Zeit erfordernde Hauptaufgabe des Congresses wäre noch, die Hauptrouten durch sein Gebiet und wie oft und von welcher Gattung von Posten diese befahren werden sollten, zu bestimmen. Hierdurch würden alle die Umwege, die jetzt oft aus den vorhin angeführten Gründen mit den Postgegenständen gemacht werden, vermieden und so dem ganzen Verkehre eine bedeutende Erleichterung und schnelle Beförderung werden. Auch für alle Nebenrouten, und wie überhaupt die Postverbindungen für Briefe und Packete zwischen allen verschiedenen Städten des ganzen Vereines stattfinden sollten, müssen eigene feste Bestimmungen vom Congresse getroffen werden. Es müsse darin namentlich das minimum des Postenverkehrs jedes Ortes von so und so viel Einwohnern bestimmt werden, denn die ganze Vereinskasse erlitte ja Schaden, wenn ein einzelner Staat seine derartigen Verbindungen, für welche er die Ausgaben allein tragen muß, größlich vernachlässigte. Auch über die Art und Weise der Berechnung, über die dabei geltenden Münzen, Gewichte und Maaße, über die Verpflichtung der Beamten, kurz über die vielen ähnlichen Gegenstände, welche dem ganzen Postwesen von Wichtigkeit sind, obgleich deren einzelne Aufzählung hier zu weit führen dürfte, müßte der Congress feste Normen bestimmen. Ebenso auch, daß jeder zum deutschen Bunde gehörige Staat, abgesehen davon, ob er sonst durch seine Lage und inneren Verhältnisse dem Postverein Nutzen oder Schaden brächte, demselben beitreten könnte, wenn er dies später wünschte. Denn anzunehmen, daß gleich alle unsere 34 Staaten einem solchen Postvereine sich anschließen würden, wäre eine zu sanguinische Hoffnung, die gewiß Niemand, der die Verhältnisse mancher derselben nur einigermaßen kennt, hegen wird. Es wird dem Postverein gehen wie dem Zollverein, seine Ausbreitung wird eine allmälige, aber grade dadurch auch desto sichere sein. Zugleich müsse auch wohl vom Congresse festgesetzt sein, daß später, wenn der Verein selbst erst in's Leben getreten wäre, „Vereins-Post-Inspectoren“ und Bevollmächtigte ernannt würden, welche die Postverhältnisse der einzelnen Staaten beständig überwachten und Sorge dafür trügen, daß diese auch ihren gegen das Ganze übernommenen Pflichten immer getreulich nachkämen,

und solche nicht aus Eigennutz oder Bequemlichkeit zum Schaden der Vereinskasse vernachlässigten. Ein Gleiches geschieht ja auch beim Zollverein, wo von den einzelnen Staaten desselben abgefandte Vereinscontroleure und Vereinsbevollmächtigte darauf wachen, daß alle Zollvorschriften immer sorgfältig gehandhabt werden. Da eine solche Inspecirung, wie wir sie ja auch nur in etwas veränderter Weise bei unserem Bundesmilitär haben, kein Mißvergnügen bei allen betreffenden Staaten mehr erregt, sondern diese sich vielmehr alle von ihrem vielfältigen Nutzen überzeugt haben, so wird dies auch bei dem Postverein der Fall sein. Ueberhaupt: könnte derselbe viele derartige Einrichtungen dem Zollverein entlehnen, da diese sich ja durch mehrjährige Erfahrung als praktisch bewährt haben; auch wie oft der Congreß sich später wieder versammelte, um die durch Zeitverhältnisse nöthigen Reformen in den Bestimmungen des Vereines zu berathen, müßte gleich anfänglich von dem ersten Congreß bestimmt werden. Eben so auch das Recht und dabei die Frist der Kündigung aus dem Verbande des Vereines selbst, wenn ein einzelner Staat vielleicht austreten wollte oder das Ganze sich gar auflösen sollte. Eine Hauptforge sowohl des ersten wie auch der späteren Congresse müßte dahin gerichtet sein, daß der Verein möglichst günstige, so viel als thunlich auf Gegenseitigkeit beruhende Postverträge mit noch nicht zu ihm gehörigen deutschen und anderen europäischen Staaten abschloße. Hierin könnte er wirklich sehr Vieles bewirken und sehr günstige Bedingungen erhalten, da er ja auch solche wieder zu gewähren im Stande ist. Wenn jetzt ein einzelner kleiner Staat einen Vertrag, sei es worüber es wolle, mit einem größeren abschließt, so wird in der Regel, wenn nicht besondere Verhältnisse eine Aenderung hiebei bewirken, der kleinere Staat ungünstige Bedingungen erhalten. Dies würde sich aber durch den Verein, der in seiner ganzen Kraft dem größten Staat gleichsteht, wesentlich verändern und auch hierin schon ein großer Vortheil für alle Betheiligten liegen. Durch solche Postverträge würde allmählig eine völlige Umgestaltung des ganzen Postwesens nicht allein des Vereines selbst, sondern in ganz Europa herbeigeführt werden, und jemehr dies geschehe, desto größer würde der Nutzen für alle unsere Verhältnisse sein. Ein gut organisiertes Postwesen ist ein mächtiger Hebel für die Entwicklung des materiellen Wohlstandes, wie der intellectuellen Bildung des Volkes, denn tief greift es in alle Verhältnisse des ganzen Lebens ein. Dies sollte man da bedenken, wo man glaubte, der alleinige Zweck des Postwesens dürfe blos darauf gerichtet sein, dem Finanzminister so und so viel Ueberschüsse abzuwerfen.

Solches sind ganz kurz unsere Gedanken über den hoffentlich bald zu

erwartenden Postcongrèß. Daß Manches sich anders gestalten wird, wollen wir gern zugeben, da wir ja nicht eine Instruction für den Congreß, sondern nur eine Belehrung und Anregung für das allgemeine Publikum, das bisher sich theilweise aus Unkenntniß noch wenig für diese Sache interessirte, schreiben wollten. Entschieden bestreiten aber müssen wir, in unseren Wünschen zu weit gegangen zu sein und Zustände verlangt zu haben, deren Realisirung ganz unmöglich ist. Wie man vernimmt, ist der erste Antrag auf einen Postcongrèß von dem österreichischen Finanzministerium ausgegangen. Mit seiner Portotage ist übrigens Oesterreich allen übrigen deutschen Staaten mit rühmlichem Beispiele vorangegangen, und kein anderes Land des Continentes hat jetzt eine so billige, einfache und alle vorläufigen Wünsche zufriedenstellende Briestage wie dieses. Wie weicht dagegen die von Preußen, trotz ihrer vor einiger Zeit etwas geschehenen Moderation, noch immer die theuerste in ganz Europa, davon ab\*).

Ein von uns auch nicht gering angeschlagener Vortheil, den ein solcher allgemeiner Postverein uns noch außer seinen vielen anderen brächte, ist, daß wiederum ein neues und gewiß nicht unbedeutendes Band um die Einigkeit Deutschland's dadurch geschlungen würde, wie ja schon so manche Schranken, die Deutschland's Bruderstämme von einander trennten, in unserer Zeit gefallen sind.

J. v. W.

\*) Dieser Zustand hat wohl am längsten gedauert. Wir verweisen in dieser Beziehung auf eine Correspondenz aus Dresden, welche „die Grenzboten“ in No. 6 l. J. enthielten und die uns aus guter Quelle kam. Es heißt daselbst: „In dem letzten Lebensjahre des Herrn v. Nagler ward eine Reform des preussischen Posttarifs vorbereitet, zu welcher sich der alte Generalpostmeister auf das Drängen Oesterreichs, das in der Postreform die Initiative ergriffen hat, endlich entschloß — als der Tod ihn überraschte. Unser Finanzminister, Herr von Jeschau, wandte sich hierauf nach Berlin mit der Anfrage: ob es nicht zweckmäßiger wäre, bei dem nun eintretenden Reformen einen allgemeinen Standpunkt zu nehmen. Herr v. Schaper ging auf diese Idee sogleich ein; die beabsichtigten preussischen Tarifsänderungen blieben ausgesetzt und ein Plan zu einem allgemeinen deutschen Posttarif ward entworfen. Ein höherer preussischer Beamte befindet sich zu diesem Zwecke eben auf einer Rundreise durch Deutschland, und da man allgemein die Dringlichkeit der Sache einsieht und da Oesterreich und Preußen hierin einig sind, so zweifelt man nicht, daß bald ein günstiges Resultat zu Stande kömmt.“ — Nun ist den neuesten Nachrichten zu Folge der Postcongrèß in Dresden definitiv beschloßen und soll noch in diesem Sommer stattfinden.

D. R.